

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

287 (10.12.1931)

Volkstreu

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE KARLSRUHE 50 JAHRE 1913-1933

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimetergröße kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
setzung 20 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl, bei der Nachzahlung des
Anzeigenpreises, bei geschäftlicher Verbindung und bei Konten außer Kraft tritt o. Größeren
und Geschäftsablauf in Karlsruhe L. D. o. Schrift der Anzeigen-Konten 6 Uhr vormittags

Unter wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander
Erhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungbo
Die Raufkunds / Sport und Spiel / Die Welt der

Abonnementpreis monatlich 1,70 Mark, jährlich 41 Pf. (Zugabe 41 Pf. ohne Zustellung
1,90 Mark o. durch die Post 2,30 Mark o. Glaspost) 10 Pfennig o. Gr.
Klein Brief wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2050 Karlsruhe o. Geschäftsstelle
und Redaktions-Karlsruhe L. D. Waldstraße 28 o. Fernruf 7020/7021 o. Volkstreu-Wien:
Durlach, Hauptstr. 9. D.-Baden, Jagdhausstr. 12; Kehl, Kehlstr. 2; Offenburg, Republikstr. 8

Nummer 287

Karlsruhe, Donnerstag, den 10. Dezember 1933

51. Jahrgang

Auflösung des Reichstags?

Berlin, 10. Dez. (Kundendienst.) Die deutsche nationale Reichs-
tagstaktion hat an den Reichspräsidenten einen Antrag auf
Einberufung des Reichstags gerichtet und zugleich dem
Reichstag einen Antrag auf Aufhebung der vierten Notverordnung
des Reichspräsidenten zugehen lassen. Die Kommunisten for-
dern das gleiche. Die Nationalsozialisten dürften sich dem
halb anschließen.

Die Regierung hat dennoch die Hoffnung, daß sich im Verlaufe
des Reichstags eine Mehrheit für dessen Einberufung nicht
findet. Im anderen Falle hat sich der Reichspräsident bereits be-
reit erklärt, dem Reichstag ähnlich wie im anderen Falle im
Oktober die Order auf Auflösung des Reichstags zur Ver-
fügung zu stellen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der
Reichstag von diesem Angebot Gebrauch macht, sobald der
Reichstag eine Entschcheidung gegen die vierte Notverordnung des
Reichspräsidenten fällen wird. In diesem Falle würden mit den
Reichstagswahlen zugleich die preussischen Landtagswahlen vor sich
gehen.

Reichstag und Notverordnung

Die Reichstagsfraktionen werden sich in den nächsten Tagen mit
dem Inhalt der neuen Notverordnung beschäftigen. Für Donner-
stag hat die Wirtschaftspartei, für Freitag die Deutsche Volkspartei,
eine Fraktionsitzung anberaumt. Die Sozialdemokraten werden
im Montag, das Zentrum und die Christlich-Sozialen am Dien-
stag die Notverordnung beraten. Die Nationalsozialisten verlan-
gen sich sofort erst am Donnerstag der nächsten Woche. Ebe die
wichtigsten Fraktionen zur Notverordnung Stellung genommen
haben, wird über die vorzeitige Einberufung des Reichstags keine
Entscheidung fallen können.

Der Reichsfinanzminister zur Notverordnung

Berlin, 9. Dez. (Eia. Meld.) Im Berliner Rundfunk
machte Reichsfinanzminister Dietrich zur neuesten Notverordnung
einmalig erläuternde Bemerkungen, indem er die einzelnen Ab-
schnitte der Verordnung in kurzen Rahmen umriß. Der deutsche
Wirtschaftsstand habe sich trotz aller Erschwernisse der letzten Zeit
merklich verbessert. Alle Voraussetzungen einer stabileren Wäh-
rung seien, wie der Minister erklärte, gegeben. Der Ausgleich des
Einkommens bedeute aber auch die Grundlage der Verhandlungsfähigkeit
Deutschlands in der Reparationsfrage. Preis- und Lohnsenkung,
Ordnung des Geldes, Sicherung der Währung, all dies seien un-
trennbare Fragen, die die Notverordnung in ihrem ganzen Zu-
ammenhang behandeln und zu lösen habe. Die Maßnahmen zur
Erhaltung des inneren Friedens nennt der Minister die Krönung
des Gesetzgebungsorgans, zur Verteidigung und Erhaltung des
Staates könne die Rettung bringen, und darum müsse unmissig
gegen alle vorerwähnten werden, die einen Staat im Innern bilden
oder den äußeren Staat über den Haufen werfen wollten. Innerer
Friede und starke Staatsordnung seien Voraussetzungen für unsere
Verhandlungsfähigkeit anderen Mächten gegenüber. Auch nur die-
durch könne das Vertrauen wiedergewonnen werden und mit ihm
Deutschlands Freiheit und Selbständigkeit.

Die deutsche Konkurrenzfähigkeit hat nun einen schweren Schlag
eritten durch den Sturz des Pfundpurses. Dem Sturz des Pfundes
sind dann andere Währungen nachgefolgt, und überall, wo wir im
Konkurrenzkampf stehen mit Ländern, die eine entwertete Wäh-
rung haben, sind wir in Gefahr, ihn nicht bestehen zu können. Und
so waren wir genötigt, diese Lasten mitgehend in unsere Kal-
kulation einzufassen. Wir können unsere Konkurrenzfähigkeit bei
dem heutigen Stande der englischen Währung nur behaupten, wenn
wir die Gebührensätze verringern. In der Binnenwirtschaft ist
im Laufe der Deflation, die wir durchgemacht haben, ein Zustand
eintraten, der so wie er jetzt ist, nicht bleiben kann.

Energische Antwort Severings

Die Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens hat sich in einem
Protestschreiben an den preussischen Innenminister gegen die Ver-
setzung des Berliner Polizeimajors Sewitz nach Gletwitz ausgespro-
chen. Auf dieses Schreiben hat der preussische Innenminister Seve-
ring am Mittwoch folgende Antwort erteilt:

Ihr Schreiben vom 7. Dezember des Jahres zwinnt mich, den
Innen aus ähnlichem Anlaß bereits in Aussicht gestellten Abbruch
der Beziehungen zur Polizeioffiziersvereinigung durch das Ministe-
rium des Innern und sämtliche ihm unterstellten Polizeibehörden
nimmer vorzunehmen. So sehr ich bisher befreit war und auch in
Zukunft bemüht bleiben werde, die von Aher Vereinigung verfor-
derten materiellen und idealen Interessen der Polizeioffiziere zu för-
dern, so entschieden muß ich den Versuch, in den dienstlichen Betrieb
der Polizei Preußens einzugreifen, zurückweisen. Ihr Schreiben vom
7. Dezember ist ein neuer Versuch dieser Art. Die mir übermittelte
Einstellungnahme ist nach Lage des zur Förderung stehenden Falles
schlicht unrichtig und unberechtigt. Ihre Bekanntgabe an die Presse
ist geradezu illegal. Die Polizeioffiziersvereinigung hat oft, so auch
noch in letzter Zeit, nach Wahrung der Disziplin geurteilt. Dem-
gegenüber erwidert das jetzt erfolgte, in höchstem Maß diskrimin-
ierende und disziplingefährdende Herportreten einen verächtlichen
Protest, ob es der Vereinigung wirklich um die Wahrung des Zu-
sammenhalts der Polizei zu tun ist. Sie können sich darauf ver-
lassen, daß dieser Zusammenhalt unter allen Umständen gewahrt
bleibt.

Am übrigen muß ich auf Grund genauer Kenntnis des Geistes,
der in der Polizei herrscht, wie auch persönlicher Bekanntschaft mit
vielen Polizeioffizieren auf das entschiedenste bestreiten, daß die
erst der Presse und erst darnach mir übergebene Darstellung über
die Stimmung ihrer Mitglieder deren wirklicher Überzeugung
entspricht. Nach Lage der Sache kann es sich nur darum handeln,
daß einige wenige unrichtig informierte oder voreingenommene
ortsansässige Mitglieder das mir zugesandte Schreiben verfaßt ha-

ben, das umso grotesker wirkt, als es auf Grund seines Wortlautes
ohne jede Legitimation beanträgt, zugleich als Willensfundae-
bung der Masse der Polizeiwachmeister zu gelten.

Unter diesen Umständen lehne ich die Annahme des wieder bei-
gefügten Schriftstückes zugleich aber auch jeden weiteren Verkehr
mit der Vereinigung der Polizeioffiziere Preußens ab.

(ges.) Severing.

Diese offene Sprache Severings gegenüber einem Verband, der
es sich bisher fast immer nur zur Aufgabe gemacht hat, reaktionäre
Elemente innerhalb der Polizei zu decken, ist geradezu woblühend.
Wohlwollend vor allem im gegenwärtigen Augenblick, in dem die
reaktionären Herrschaften um den Führer der Vereinigung der Po-
lizeioffiziere Preußens, den abgebauten Polizeiobersten Dillenburg,
angeführt der Großmäuligkeit der Nazis Morgenluft wittern.

Der „Schirm“herr



„Hitlers Eid sei unser Schirm und Schutz“

Hitlers Legalitätsschwindel

Ermittlungen der Dessauer Kriminalpolizei haben ergeben, daß
ähnliche blutrünstige Pläne, wie die der führenden heftigen
Nationalsozialisten, auch von nachstehenden Nationalsozialisten in
Anhalt ausgearbeitet worden sind. Aus diesem Grunde wurden
fürzlich in Dessau mehrere Hausdurchsuchungen vorgenommen. Ueber-
haupt häufen sich die Anhaltspunkte dafür, daß das Vorbeim-
kommen keinen Einzelfall darstellt, sondern unter aktiver An-
leitung des nationalsozialistischen Juristenbundes von allen nach-
gebenden Landesinstanzen der Nazi ähnliche Dokumente ausgear-
beitet sind, und zwar in stillschweigendem Einverständnis mit der
Leitung der Reichszentrale in München. Nur so ist es auch zu er-
klären, daß die Reichsleitung der Nationalsozialisten entgegen
ihren anfänglichen Erklärungen bisher gegen die Vorbeim-
bestien nichts unternommen hat.

Banditentum der Nazis

Jitta, 9. Dez. (Eia. Draht.) In der Nacht vom Dienstag zum
Mittwoch überfielen etwa 100 Nationalsozialisten nach einer Ver-
sammlung im Lindenhof in Jitta das hiesige Gewerkschaftshaus.
Daher der Delomom die Polizei sofort alarmierte, traf das Ueber-
fallkommando erst nach einiger Zeit ein. Unterdessen wüteten die
Nationalsozialisten wie die Banditen.

Die Nationalsozialisten suchten im Gewerkschaftshaus angeblich
Reichsbannerleute und Maschinengewehre. Sie erbrachen zu die-
sem Zweck eine Aborttür, die nach dem Verammlungsraum füh-
rende Saaltüre und eine Falltür zum Bierkeller. Außerdem wurde
eine Türe zum Jugendheim aufgebrochen, und dort in alle Winkel
und Ecken hineingelegt. Selbst das Dachgeschoss wurde abgeseht.
Als es nach dem Eintreffen der Polizei schließlich gelang, die Ver-
brecher aus dem Gewerkschaftshaus hinauszutreiben, sammelten sie
sich sofort in einer Nebenstraße. Vier überfielen sie einen Reichs-
bannermann und traktierten ihn mit den Füßen, bis ein Polizei-
beamter ihn aus den Händen seiner Peiniger befreien konnte. Der
schwerverletzte Reichsbannermann mußte dem Krankenhaus zu-
geführt werden. Einige Zeit später zogen die Nazis nach der Neu-
stadt und riegelten den Stadtbezirk ab. Unter dem Schutz von
Marktschreibern drängten sie zur Kasse der „Volkseitung“ und über-
fielen hier drei Reichsbannermannen. Später räumte die Polizei das
Kasinosaal „zum Stern“ und nahm einige Raubführer mit.

Die ganze Aktion war, wie die polizeiliche Ermittlungen er-
geben haben, von langer Hand vorbereitet.

Nazigefindel

Berlin, 9. Dez. Anhänger der kommunistischen Partei hielten
heute abend in Charlottenburg eine Versammlung ab. Gegen
22 Uhr begaben sich einige Versammlungsteilnehmer auf den
Seimweg. Hierbei tauchten etwa 20 Nationalsozialisten auf, die sich
sogleich auf ihre Geauner stürzten. Sie feuerten mehrere Schüsse ab,
durch die drei Kommunisten schwer verletzt wurden. Dann ergriffen
die Täter die Flucht. Man schaffte die drei Verletzten nach dem
Wesendankrankenhaus, wo der eine, der einen Halsbruch erhalten
hatte, seinen Verletzungen erlag. Die Polizei nahm acht Kommu-
nisten- und vier Nationalsozialisten fest.

Bedenkliche Wege

Der Reichskanzler hatte zu Mittwoch mittag die Ver-
treter der sozialdemokratischen Reichstagsaktion zu sich
gebeten, um ihnen einige ergänzende Mitteilungen über
den Inhalt der neuen Notverordnung zu machen.

Wenn man aus der verwirrenden Fülle der Einzelheiten
der „vierten Verordnung des Reichspräsidenten zur Sicherung
von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutze des inneren
Friedens“ das sozial und wirtschaftlich wesentliche hervorheben
will, so muß man den ersten Teil mit der Ueberchrift Preise und
Zinsenkung“ mit dem sechsten Teil vergleichen, der die scham-
hafte Ueberchrift „Arbeitsrechtliche Vorschriften“ trägt, hinter
der sich der wenig schamhafte Inhalt der Lohn- und Gehalts-
senkung verbirgt.

Von einer Sicherung des Reallohnes, der von Herrn Brü-
ning und Herrn Stegerwald oft als das Ziel ihrer wirtschafts-
politischen Pläne verkündet worden war, kann praktisch
keine Rede sein. Durch gesetzlichen Eingriff in die laufenden
Tarifverträge wird bestimmt, daß vom 1. Januar 1932 ab die
Löhne und Gehaltsätze auf den Stand vom 10. Januar 1927
herabgesetzt werden sollen. Jedoch soll die Herabsetzung bei den
Tarifverträgen, die nach dem 1. Juli 1931 schon eine Lohn-
senkung hinter sich haben, nicht über 10 Prozent hinausgehen.
Bei den Tarifverträgen, deren Lohn- und Gehaltsätze seit
dem 1. Juli 1931 nicht herabgesetzt wurden, soll die Senkung
nicht über 15 Prozent hinausgehen. Bei den Arbeitern und
Angestellten des Kohlen- und Raubergbaues und bei den Ar-
beitern, für die am 10. Januar 1927 keine tarifvertraglichen
Regelungen bestanden, werden die Kürzungen um 10 oder 15
vom Hundert auch dann vorgenommen, wenn damit die Sätze
vom 10. Januar 1927 unterschritten werden. Im Durchschnitt
wird man also für die Gesamtheit der Arbeiter und Angestellten
mit einer Senkung um mindestens 12 1/2 Prozent gegen-
über den bestehenden Nominalgehältern zu rechnen haben. Das
ist, von der grundsätzlichen Bedeutung des Eingriffes in das
Tarifrecht ganz abgesehen, ein sehr klarer und eindeutiger
Tatbestand.

Welche Preisenkungen bzw. Senkungen der Lebenshaltungs-
kosten werden demgegenüber zur Milderung des Verlustes an
Kaufkraft zu erwarten sein. Sobald wir das prüfen
mollen, kommen wir gegenüber dem klaren Tatbestand der
Lohnsenkungen auf sehr unsichere Gebiete. Am klarsten bleibt
auf dem Gebiete der Lebenshaltungskosten die Mietjen-
kung. Die Mieten von Mietwohnungen werden vom 1. Janu-
ar 1932 ab um 10 Prozent der Friedensmiete gesenkt. Da
die tatsächlichen Mieten gegenwärtig, beispielsweise in Berlin,
aus 133,5 Prozent der Friedensmiete bestehen, so bedeutet in
diesem Falle die zehnprozentige Senkung von der Friedens-
miete eine 7,5prozentige der gegenwärtigen Mietausgaben.
In anderen Orten, in denen der heutige Zuschlag zur Fried-
ensmiete etwas tiefer liegt, wird die prozentuale Senkung von
der gegenwärtigen Miete etwas höher sein. Wir werden
also etwa im Durchschnitt mit einer achtprozentigen Mieten-
senkung zu rechnen haben. Nehmen wir weiter an, daß bei den
Bewohnern der Mietwohnungen die Mieten im Durchschnitt
20 Prozent der Lebenshaltungskosten ausmachen sollen, so
würden wir auf diesem Gebiet zu einer Senkung der Lebens-
haltungskosten von rund 1,6 Prozent gelangen. Bei den Neu-
baumieten ist der Effekt schwerer zu überschauen, weil hier die
Mietenkung im Einzelfall sich der Entlastung durch die Zins-
senkung, die die Verordnung vorschreibt, anpassen soll. Man
wird aber hier vielleicht mit Zinsenkungen von 10 bis 15
Prozent, je nach Art des Einzelfalles, rechnen können. Man
wird weiter annehmen müssen, daß bei den Neubaumieten die
bisherigen Mieten oft 25 bis 30 Prozent der Lebenshaltungs-
kosten stiegen, so daß sich in diesen Fällen aus der Mietenkung
ein Ausgleich für Lohn- und Gehaltsenkung ergeben kann, der
zwischen 3 und 5 Prozent schwanken mag. Dabei ist sozial zu
berücksichtigen, daß von dem Sechstel der Bevölkerung, das
in Neubauten wohnt, der größte Teil der Schicht der Beamten,
Angestellten und gehobenen Arbeiter angehört. Daraus ergibt
sich also, daß der Ausgleich durch Mietenkung bei der unteren
Schicht wesentlich geringer sein wird als bei der obersten
Schicht der Lohn- und Gehaltsempfänger.

Gehen wir nun zu den sonstigen Preisenkungen
über, so bleibt ihre Rückwirkung auf die Lebenshaltungskosten
ganz im Dunkeln. Grundsätzlich werden die Preisbindungen
aufgehoben in ihrer Rechtswirksamkeit, sofern die gebundenen
Preise, d. h. die Preise von Kartellen oder gebundene Preise
von Markenwaren nicht gegenüber dem Stand vom 30. Juni
1931 bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 Prozent ge-
senkt wurden. Die Beurteilung der Auswirkung dieser Maß-
nahmen ist erstens dadurch erschwert, daß zwischen dem 30.
Juni und der Gegenwart natürlich schon gewisse Preisenkungen
vorgenommen worden sind, und daß zweitens in den Fäl-
len, in denen die geforderten 10 Prozent Preisenkungen nicht
vorgenommen wurden, die Wirkung der Aufhebung der ver-
traglichen Bindungen auf die Preise nicht ohne weiteres zu
überschauen ist. Aber selbst wenn wir von der Annahme einer
allgemeinen zehnprozentigen Preisenkung für die gebundenen
Waren ausgehen, so ist doch zu berücksichtigen, daß es sich
hier in großem Umfange um Rohstoffe und Halbfabrikate und
um Produktionsmittelpreise handelt, deren Senkung zwar
sicherlich gesamtwirtschaftlich zu begrüßen ist, aber eine unmittelbare
Wirkung auf die Lebenshaltungskosten nicht ausübt. Man wird
schon sehr optimistisch rechnen, wenn man annimmt, daß
durch diese Anpassung gebundener Preise etwa 10 bis 15
Prozent der Lebenshaltungskosten berührt werden, was eine

prozentuale Senkung der Lebenshaltungskosten um 1 bis 1 1/2 Prozent ausmachen würde, d. h. zuzüglich der rund 1,6 Prozent ausmachenden Entlastung bei den Altmieten kommen wir aus diesen beiden Posten auf 2,6 bis 3,1 Prozent Senkung der Lebenshaltungskosten.

Nun enthält die Notverordnung über die Preisentwertung allerdings noch einen Pantafaktwert. Es wird ein Reichskommissar für Preisüberwachungen bestellt, der dem „Schutze der Bevölkerung gegen Uberteuering von Preisen für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs und lebenswichtigen Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs“ dienen soll. Dieser Reichskommissar hat sehr weite Vollmachten, unter denen für die Frage der Herabsetzung von Straßenbahntarifen die Möglichkeit des Erlasses der Beförderungssteuer vielleicht besonders wichtig ist. Andererseits muß man sich darüber im Klaren sein, daß diese Vorstellung von der beschleunigten Senkung von Preisen, die sich am freien Markt bilden, doch reichlich unklar ist, und daß dem praktischen Wirken eines Reichskommissars wahrscheinlich ziemlich enge Grenzen gezogen sein werden. Immerhin wollen wir optimistisch annehmen, daß noch einmal 15-20 Prozent der Lebenshaltungskosten durch die Maßnahmen des Reichskommissars um 10 Prozent gelindert werden sollen. In diesem günstigsten Falle kommen wir auf die Aussicht (feineswegs die Sicherheit) einer Senkung der Lebenshaltungskosten, die zwischen 4,5 und 8 Prozent liegen kann. Bei einer durchaus ungewissen, aber keineswegs pessimistischen Rechnung wird also im allgemeinen nicht mehr als ein Drittel bis höchstens die Hälfte der Lohnsenkung zu finden. Die restliche Hälfte bis etwa zwei Drittel der nominalen Lohnsenkung wird als reale Lohnsenkung übrig bleiben. Das aber ist nicht nur soziale Härte, sondern gleichzeitig auch der falsche Weg, um eine Wiederbelebung der Wirtschaft, also eine Besserung am Arbeitsmarkt anzubahnen. Die Auflockerung der gebundenen Preise und der Druck auf die monopolistischen Preise, der freilich wirksamer wäre, wenn er weniger schematisch ausgeführt werden könnte auf Grund einer Monopolkontrolle, wie sie die Sozialdemokratie seit langem fordert, könnte zu einer Belebung der Umläufe, zu einer Anhebung der Konjunktur gerade dann führen, wenn nicht gleichzeitig die Massenkaufkraft für Konsumgüter durch neuen Lohndruck und reale Einkchränkung der Massenkaufkraft verschlechtert werden würde.

Anstatt Mißverhältnisse, die sich auf dem Gebiete der Preisentwicklung durch monopolistische Bindungen ergeben haben, zu beseitigen und durch eine neue Belebung der Konsumkaufkraft den Verkehr zu stärken, werden durch den Lohndruck, der über die Preisentwertung hinausgeht, bestehende Mißverhältnisse verschärft. Dabei kommt weiter als Hemmung der wirtschaftlichen Wiederbelebung hinzu, daß die Senkung der Mieten nur durch zwangsweise Zinskonversion ermöglicht wird, von der alle Sachverständigen von Bedeutung die Regierung eindringlich gewarnt haben, weil sie, so angenehm die Entlastung des Schuldners in vieler Beziehung empfunden wird, gleichzeitig die Rückkehr gesunder Verhältnisse auf dem Kapitalmarkt, die nun einmal nur auf Vertrauen beruhen können, erschwert wird.

Wenn wir heute, unter vorläufiger Zurückstellung von Einzelheiten, die uns teilweise zu begrüßen, teilweise abzulehnen wert zu sein scheinen, nur den Grundcharakter der wirtschaftlichen Maßnahmen der Notverordnung betrachten haben, so müssen wir zu dem Ergebnis kommen, daß sie in sozialer Beziehung hart und ungerecht ist, und daß sie in wirtschaftlicher Beziehung wenig geeignet ist, die Hoffnung zu erwecken, daß man auf diesem falschen Weg der Ueberwindung der Wirtschaftskrise und der Überwindung der Not auch nur in dem Rahmen, in dem dafür die Möglichkeiten durch die innere Wirtschaftspolitik gegeben sind, näher kommen wird.

Nationalistische „Volksvertreter“

Der Rechtsausschuß des Reichstags gehört zu denjenigen Ausschüssen, deren Vorsitzende Nationalsozialisten sind, die die Arbeiten dieser Ausschüsse auf jede Weise durch Nichterföhrung zu sabotieren versuchen. Infolgedessen hat der Ausschuß des Reichstags beschlossen, daß die stellvertretenden Vorsitzenden die Ausschüsse ebenfalls einberufen und evtl. Neuwahlen für den Vorsitzenden vornehmen lassen können. Der stellvertretende Vorsitzende des Rechtsausschusses Dr. Landsberg (Soz.) hat so verfahren und den Rechtsausschuß für Mittwoch, den 9. Dezember einberufen, um eine seit langem angesammelte Fülle von Arbeiten endlich erledigen zu lassen. Als die Ausschubstung begann, erhob sich der deutschnationale Abgeordnete Eberling und protestierte im Dienste der Nationalsozialisten gegen die Tagung. Der Ausschuß sei nicht durch den Vorsitzenden einberufen. Er sei infolgedessen nicht da und bedeute lediglich eine gefällige Veranstaltung. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Landsberg und Marum und der Zentrumsabgeordnete Bell traten dieser Auffassung entgegen. Sie verwiesen darauf, daß sich kein Ausschuß auf die Dauer die Sabotage der nationalsozialistischen Vorsitzenden gefallen lassen könne.

Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde dann einstimmig ein Antrag angenommen, durch den der Ausschuß über den Protest des Abgeordneten Eberling zur Tagesordnung überging. Das ganz persönliche Verhalten der deutschnationalen Abgeordneten Eberling und Berndt, die sich in einer Art Mar und Morch anführten, sei, daß es sich nicht einmal um eine ernsthafte politische Obstruktion, sondern um ein recht kindisches Mäandern handelte. Als der Abgeordnete Dr. Moses unter großer Beiterkeit des Ausschusses feststellte, daß trotz der angeführten Nichtanwesenheit des Ausschusses die Deutschnationalen sich doch vorsichtshalber in die Diäten-Anwesenheitsliste eingetragen hätten, erhob sich der Fürstenanwalt Eberling und erklärte sarkastisch: „Es liegt in unserem Ermessen, ob wir da sind oder nicht da sind.“ Das unter erwachsenen Menschen eine derartig kindische Komödie überhaut aufgeführt werden kann, ist ein deutlicher Beweis dafür, bis zu welchem Grad von Würdelosigkeit sich die Deutschnationalen in der Gefolgschaft der Nationalsozialisten begeben haben.

Nach dem mißglückten Sabotageversuch der Deutschnationalen begann der Rechtsausschuß seine sachliche Arbeit.

Nazi und Zentrum in Hessen

Darmstadt, 9. Des. (Eig. Drabt.) Die „Bedingungen“, die die Nationalsozialisten an die Bildung einer Regierung mit dem Zentrum geknüpft haben, werden gemäß den gegenseitigen Abmachungen zunächst noch streng geheim gehalten. Man hört jedoch von Zentrumseite, daß die von den Nationalsozialisten als „unabhängig“ bezeichneten „Bedingungen“ für das Zentrum unannehmbar seien. Ueberhaupt scheint man den Nazibedingungen in Zentrumstreifen keineswegs die Absicht einer ernsthaften Zusammenarbeit zwischen Zentrum und Nationalsozialisten in einer Regierung beizumessen. Dieser Eindruck erfährt von nationalsozialistischer Seite insofern eine gewisse Bestätigung, als man dort sehr wohl daraus macht, daß die Bedingungen vom Zentrum niemals angenommen worden sind.

Vatikan und Faschismus

Rom, 10. Des. (Händl.) Im Verlauf der Besprechungen, die von dem Vorsitzenden der Zentrumspartei, dem Abg. Kaas, dieser Tage in Rom mit dem Vatikan geführt wurden, haben die maßgebenden Persönlichkeiten der Vatikanstadt dringend gebeten, in Deutschland von einer Koalition zwischen Zentrum und Nationalsozialisten möglichst abzusehen. Dieser Ratsschlag erfolgte unter ausdrücklichem Hinweis auf die schlechten Erfahrungen des Vatikans mit dem Faschismus.

Ein echter Nazilümmel

Rom, 9. Des. (Eig. Drabt.) Im Saal der deutschen Vereinnung beschimpfte der Naziabgeordnete Nieland am Dienstag abend in standenlangen Ausführungen die deutsche Republik und die republikanischen Staatsbürger Deutschlands. Inerhalb der Zuhörer schickte sich eine starke Emotion gegen Nieland. Nur wenige sollten dem Naziagitator wehfallen. Die Mitschleider der Volkshaus waren dem Vortrag demonstrativ ferngeblieben.

Die Reichsmark steigt im Kurswert

Die Reichsmark, die an den ersten beiden Wochentagen den internationalen Devisenmärkten schwach lag, wies am Mittwoch an den großen Börsenplätzen durchweg kräftige Kurssteigerungen auf. So stieg die Mark in Amsterdam von 56,70 auf 57,55 Gulden. Bemerkenswert war auch die kräftige Besserung der Mark in der Schweiz, wo an der Züricher Börse der Markkurs von 117,50 bis auf 120 Schweizer Franken gegen 100 Mark anstieg. In London wirkte sich die Markbesserung in einem weiteren Ansteigen des Pfundes von 14,25 auf 13,90 aus. Gegenüber anderen Wäluen wies das Pfund eine kleine Besserung auf.

Das Doppelverdiensternum

Der Haushaltsausschuß des Reichstages nahm in seiner Sitzung am Mittwoch einen Zentrumsantrag an, der bestimmt, daß verheiratete weibliche Reichsbeamte jederseits ihre Entlohnung verlangen können und daß umgekehrt die vorgesetzte Dienstbehörde die Entlohnung verweigern kann, wenn nach ihrem Ermessen das Auscheiden aus dienstlichen Gründen erforderlich ist und die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens gesichert erscheint. Die auf diese Weise auscheidenden weiblichen Beamten sollen eine Abfindung erhalten. Länder, Reichsbahn und Reichspost können die gleiche Regelung treffen.

Schlaganfall des nationalsoz. Abg. Stöhr

W.B. München, 9. Des. Wie der „Mittägliche Beobachter“ aus Raumburg a. d. Saale meldet, hat der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Stöhr während einer Versammlung einen leichten Schlaganfall erlitten. Es trat vorübergehende Sprachstörung und rechtsseitige Armlähmung ein.

Unter dem Hakenkreuz und Sowjetstern

Berlin, 10. Des. (Händl.) In Berlin wurden am Mittwoch abend drei Nationalsozialisten, die sich auf dem Heimwege befanden, von etwa 20 Kommunisten überfallen und schwer verletzt. Die Kommunisten gaben mehrere Schüsse ab und brachten mit Messern auf ihre Gegner ein. Die drei Nationalsozialisten mußten in lebensgefährlichem Zustande ins Krankenhaus geschafft werden. Als das Ueberfallkommando eintraf, waren die Kommunisten verschwunden. Mehrere verdächtige Personen, die sich in der Nähe des Tatortes aufhielten, wurden zur Vernehmung in das Polizeipräsidium geschafft.

Ein vernünftiger Kommunist

Halle, 8. Des. (Eig. Ber.) In einer von der Halle'schen SPD einberufenen Versammlung erklärte der Einienkommunist Kunz, führendes Mitglied der kommunistischen Stadtverordneten-Fraktion:

„Wenn die Nazis nicht in die Regierung kommen, dann bleiben uns tausende und abertausende, ja zehntausende Opfer erspart. Es ist unsere verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, die Nazis von der Regierung fernzuhalten. Sie zur Macht kommen zu lassen, wenn man es verhindern kann, bedeutet ein Verbrechen an der gesamten Arbeiterklasse.“

Was man in diesen aufgeregten Zeiten nicht für möglich halten sollte: Es gibt doch noch vernünftig denkende Kommunisten, die genau einschätzen wissen, warum die SPD die Brüningregierung toleriert.

Der Arbeitsmarkt im Reich

Heraus mit der Wahrheit!

SPD. Der Ernst der Situation, in der die neue Notverordnung erscheint, wird schlagartig beleuchtet durch die Losen von der Reichsanstalt veröffentlichten neuen Arbeitslosenziffern. Die fünf-Millionen-Grenze ist überschritten. Was im Vorjahr Höhepunkt war, ist jetzt bereits Ausgangspunkt der Winterarbeitslosigkeit.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen folgendermaßen: Die erwartete jahressittliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes ist in der Berichtzeit eingetreten. Die Zahl der Arbeitslosen nahm um rund 214.000 zu und betrug am 30. November nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter rund 5.057.000. Die Zunahme beläuft sich gegenüber dem Stande Mitte des Monats auf 4,4 Prozent. Der überwiegend jahressittliche Charakter der Bewegung kommt in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Zahl der Arbeitslosen in den Saisonberufen um 7,7 Prozent, in den übrigen Berufsgruppen nur um 2,4 Prozent gegenüber dem Stande vom 15. November zugenommen hat. Seit dem sommerlichen Tiefstand war in diesem wie im vorigen Jahre eine Zunahme der Arbeitslosenzahl um etwa 1,1 Millionen zu verzeichnen. Der Stand der Arbeitslosigkeit ist jetzt, ähnlich wie im Sommer, um etwas über 1,3 Millionen höher als zu den Vergleichszeiten des Vorjahres.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger belief sich am 30. November insgesamt auf rund 2.772.000. Im einzelnen betrug sie in der Arbeitslosenversicherung rund 1.366.000 und hat seit Mitte des Monats eine Steigerung um rund 118.000 erfahren; Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge wurden, nach einer Zunahme um rund 24.000, Ende des Monats rund 1.406.000 gezählt.

Jetzt zeigen sich die verheerenden Auswirkungen der Kreditkrise vom letzten Sommer und der Zerstückung der Kaufkraft durch den Lohnabbau, die Folgen der Bedrohung unseres Exports durch Wäluadumping und Zollschutz in England und nicht zuletzt auch die Folgen

Scharfe Anklagen der engl. Arbeiterpartei

Englands Währung verschlechtert, Löhne fallen, Preise

London, 9. Des. (Eig. Drabt.) Am Mittwoch abend haben im Unterhaus die grohen Auseinandersetzungen über die bisherige Tätigkeit der nationalen Regierung begonnen. Am Freitag geht das Parlament in die Ferien.

Der Debatte liegt ein Mißtrauensvotum der Labour Party zugrunde, in welchem der Regierung vorgeworfen wird, daß sie in den fünf Wochen der nun zu Ende gehenden Parlamentsession keine einzige der dringenden Aufgaben in Aussicht genommen hat. Der Antrag wurde in einer langen Rede des sozialistischen Abgeordneten Sir Stafford Crisp beantragt. Der Redner führte aus, daß die Regierung die Währung zu verfallen lasse, die Bilanzierung der Handelsbilanz mit lächerlich geringfügigen Einzelmaßnahmen, wie den Zöllen auf Frühlingsgewebe behandle, daß sie diese Fragen, die nur durch internationale Zusammenarbeit gelöst werden könnten, von einem engen nationalen Gesichtspunkt aus betrachte. Die Regierung habe überhaupt keine Politik, sondern schwankte unentschieden mit dem Freihandel und Schutzzöllen hin und her.

In bereicherter Weise schloß der Redner der Labour Party dann die drohende Not dieses Winters und alle Sorgen, die einen großen Teil der englischen Bevölkerung erfüllen. Die Arbeitslosenunterstützung sei verringert worden, die Löhne würden herabgesetzt, gleichzeitig liege aber die Preise und insbesondere die Mieten, und das Parlament gehe in Ferien, ohne daß nur der kleinste Versuch unternommen worden wäre, die dringende Not zu beheben.

Die Entgegung des Premierministers Macdonald war schwach. Er stellte zwar ein Mißtrauensvotum in Aussicht, doch gab er weder einen Zeitpunkt noch eine Richtlinie für ein derartiges Geschehen an. Im übrigen beschränkte er sich darauf, auf die Unworten hinzuweisen, die die für die einzelnen Fragen zuständigen Minister im Laufe der weiteren Debatte geben werden.

Anstigen der Arbeitslosenzahl in England

W.B. London, 9. Des. Zum ersten Male seit dem September ist die Zahl der Arbeitslosen in England wieder angestiegen. Ende November betrug ihre Zahl 622.027 oder 6,81 Prozent mehr als in der Vorwoche und 318.388 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Autonomistische Flugblätter in der Straßburger Universität

Wie ausländische Blätter mitteilen, sind vor kurzem in einem Saal der Straßburger Universität von unbekannter Hand Flugblätter verbreitet worden, in denen die Studenten aufzufordert wurden, an deutscher Sprache und deutscher Kultur festzuhalten und gegen den Einfluß des Französischen sich zu wehren. Der aggressivste Ton des Flugblattes, das im Sinne der autonomistischen Propaganda gehalten war und von sehr unfreundlicher Gesinnung gegenüber Frankreich zeugte, rief natürlich den schärfsten Protest der nationalen Kreise hervor.

Die anti-autonomistische Presse verwahrte sich in den schärfsten Wendungen gegen das Vorgehen der anonymen Flugblattverbreiter und auch die Vorsitzenden der Studentenvereinigungen nahmen in einer öffentlichen Erklärung Stellung gegen den Vorfall. Auch der Ruf nach Sanktionen erhob sich. Die Autonomen, auf die der Vorfall fiel, die Verbreitung der Flugblätter organisierten zu haben, erklärten, ihre Organisation sei an der Sache nicht beteiligt. Mitglieder der Linken, wie Republik und Freie Presse, wamen die Autonomenverführer vor einem Eingreifen. Man solle, lagen die Zusammengehörigen nicht dramatisieren und nicht durch Schaltung neuer Wärter der antisozialistischen Strömung Wasser auf die Mühle leiten.

Sast gleichzeitige erregten Äußerungen des obererständlichen Senats General Bourgeois die öffentliche Meinung. Dieser General erklärte dem Pariser Vertreter des Straßburger Journal d'Alsace et de Lorraine, er und sein Freund Plesner hätten die Absicht, von der Regierung energische Sanktionen gegen die Autonomen und ihre Verbündeten zu verlangen. Sie seien in dieser Absicht durch den Vorfall an der Straßburger Universität noch bekräftigt worden.

Ausweisung eines deutschen Studenten aus Straßburg

Str. Paris, 8. Des. Die Straßburger Polizei hat den deutschen Studenten Hans Hartmann ausgewiesen, der angeblich unter der Straßburger Studenten deutsche Propagandadriften verbreitet haben soll. Man behauptet, daß Hartmann von Prof. Ernst Deutscher der Elsas-Rotbrünnischen Stimmen, beauftragt gewesen sei.

der Bürgerkriegsgehe der Nazis, die jedes Vertrauen der Welt zu Deutschland zerstört. Im Inland sehen wir den Zusammenbruch großer Werke wie z. B. der Bremer Holzwerke. Diese Zusammenbrüche haben mit der Lohnsenkung nichts mehr zu tun; sie sind nur noch eine Folge der totalen Zerstörung der Kaufkraft.

Der Ernst der Situation erfordert gebieterisch, daß der Volk ganz klarer Weisung eingesehen wird. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt muß reiflich geklärt werden. Wir brauchen eine gründliche Durchleuchtung des Tatbestandes der Gesamtarbeitslosigkeit. Wie steht es mit den Wohlhabenderverlorenen? Wieviel Arbeitslose sind in Unterstützung und wieviel nicht? Mit Hilfe der im Bericht der Reichsanstalt mitgeteilten Ziffern über die Situation der Arbeitslosenversicherung und in der Krisenfürsorge können diese Fragen nicht eindeutig und klar beantwortet werden. Der Kreis der Nichtunterstützten hat sich wesentlich erleichtert — eine Tatsache, die sehr ernst genommen werden muß. Die von der Reichsanstalt veröffentlichten Zahlen hinter der Entwicklung nach; sie haben infolgedessen als Maßstab für den wirklichen Tatbestand der Arbeitsmarktlage an Wert eingebüßt. Wir brauchen eine neue und scharfe Durchleuchtung der Dinge und zwar sowohl bei den Volkstarbeitslosen wie bei den Halbarbeitslosen, d. h. bei den Kurzarbeitern. Auch hier stehen uns reifere Ziffern über das, was ist, zur Verfügung.

Wir fordern von der Reichsregierung, daß in der Sozialpolitik mit offenen Karten gespielt wird. Die Arbeitslosenstatistik muß schleunigst ausgebaut werden. Das Volk hat ein Recht darauf, die ganze und volle Wahrheit über die Lage zu erfahren; denn erst dann wird man sich dazu aufraffen, auch für Arbeitsbeschaffung einmal etwas Durchgreifendes zu unternehmen.

Aus Organisationen und Vereinen

(-) Der **Lehrergesangsverein Karlsruhe** hatte im Anschluß an sein Stiftungsfest, das er am letzten Samstag in dicht besetzter Festhalle abgeben durfte, seine Götter zu einer geselligen Nachfeier in die Glasballe des Stadtgartens zusammengeführt. Dabei konnte der 1. Vorsitzende, Herr J. Fischer, eine fastliche Anzahl der Mitglieder begrüßen. In trefflichen Worten dankte er dann allen, die ihre Kraft und ihre Kunst in den Dienst des schön verkauften Konzerts gestellt hatten. Sein Dank galt zunächst dem Gesang des Abends, Herrn Konzertorganist W. Krauß. Mit meisterhafter Technik und in feierlichem Spiel hatte dieser die prächtige Orgel unserer Festhalle erklingen lassen und wesentlich zum guten Gelingen des Konzertes beigetragen. Herrn Dr. Heins Knoll dem langjährigen musikalischen Führer des Lehrergesangsvereins, auf dessen Schultern die Gestaltung und Durchführung des Programms ruhten und der in unermüdlicher Probenarbeit die schwierigen Cöde kunstgerecht gestaltet hatte, durfte der Vorabend den Hauptanteil am guten Erfolg des Abends zusprechen. Aber auch allen Sängern galt sein Dank, die in unerschöpflicher Willkür, trotz der schweren Zeit, die Last der Proben auf sich genommen hatten. Eine Anzahl treuer Sänger konnte nicht mehr kommen. Den Dank der Götter brachte Herr W. Simpson zum Ausdruck, wobei er rühmend manche bemerkenswerte Tatiache aus der Vereinsgeschichte freilegte und zukunftsweisend den Verein der Treue und Anhänglichkeit aller der geehrten Sänger verpfllichtete. In schlichtem Rahmen, wie es die Verhältnisse gebieten, war die Nachfeier gehalten; sie verlief aber recht gemütlich, und bei Sängern und Gästen herrschte eine freundliche und aufrichtige Stimmung.

(-) Die **halsländische Siedlung im mitteldeutschen Industriegebiet**, im Rahmen des von dem Bezirksverein Karlsruhe der Deutschen Gesellschaft für Bauwesen veranstalteten Vortragszyklus über die halsländische Siedlung berichtete als dritter Referent Herr Kreisbauinspektor Dornis aus Bitterfeld über den Stand der halsländischen Siedlung im Industriegebiet von Bitterfeld. Seinen Ausführungen war u. a. zu entnehmen: Die auf der Grundfläche der großen Braunkohlenfelder eigentlich erst in der Kriegszeit und nach Kriegsende entstandenen Industrien der Chemie und Kraftenerzeugung sind schon jetzt als bedeutend. Die Arbeitskräfte mühen sich weit abliegenden fremden Gebieten heranzuführen, so daß innerhalb der letzten 10 Jahre die Bevölkerung um 37 Proz. und die Haushaltungen gar um 47 Proz. zunahm. Die Überwindung der durch diese Änderung von Wohnverhältnissen entstandenen, im Anfang drückenden Wohnungsnot erfolgte von staatlicher Seite aus neben der Unterstützung von Bauvereinen und Bauvereinen durch eine weitgehende Förderung des Einzelbauers, weil hier im Gegensatz zu den Bauvereinen die Selbsthilfe des Siedlers möglich ist. Es ist weniger der schwierigen Beschaffung von preiswertem Bauland in unmittelbarer Nähe des Arbeitsortes als mehr der Vorliebe des Siedlers für die eigene Scholle und der Erkenntnis der Vorzüge des Wohnens auf dem Lande — selbst bei Entfernungen bis zu 20 Kilometer von der Arbeitsstätte — gegenüber dem Wohnen in den großen Industrie- und Landgemeinden auszuführen, daß etwa die Hälfte aller Einzelbauer in Landgemeinden wohnen. Diese haben im Laufe der Zeit einen landwirtschaftlichen Kleinbetrieb im Nebenberuf geschaffen, dessen Einkommen ein zusätzliches Einkommen zur Hauptberufseinkunft des Mannes in der Industrie darstellt. Bei etwa 75 Prozent der Einzelbauer beträgt die im Eigentum befindliche Grundstücksgröße zwischen 300 bis 900 Quadratmeter. Die restlichen 25 Proz. haben noch ein größeres Grundstück. Mit der bestehenden Erwerbslosigkeit gewinnt diese nebenberufliche Siedlung insofern eine erhöhte Bedeutung, als die erwerbslosen Inhaber von Nebenberufsbetrieben eine weitere Lebensgrundlage verlangen, um so einer selbständigen Lebensführung zu gelangen. Damit ist die Rückführung des besten Industriearbeiters in die Landwirtschaft gelüftet. Die Finanzierung der Umsiedlung des Industriearbeiters als Einzelbauer auf dem Lande ist neben der staatlichen Unterstützung aus der Haussteuer in Höhe von durchschnittlich 35 Prozent, zu 36 Prozent durch Eigenkapital und zu 28 Prozent durch die Unterstützung der in Mitteldeutschland seit Jahrhunderten üblich ist und in dem dort über die Hälfte aller ländlichen Bauten ausgeführt sind. Da er kein großes handwerkliches Können voraussetzt, ist seine Anwendung sehr billig und ermöglicht, wie wohl bei

dem anderen Verfahren, weitgehende Selbsthilfe. Die genaue und überwachte Durchführung eines Einzelbauers hat ergeben, daß im Wege der Selbsthilfe die Baukosten eines im Sommer 1931 im Vorkriegsstand erstellten halbländischen Wohnhauses mit 38 Quadratmeter Wohnfläche im Erdgeschloß und einer weiteren Kleinkonstruktion im Dachgeschloß 3000 Mark betragen. Das Stallgebäude kostete 800 Mark. Da die Baukosten für die gleichen Gebäude in Ziegelsteinausführung 9600 Mark betragen haben würden, ist durch die Anwendung der die Selbsthilfe ermöglichenden Vorkriegsbauteile eine Ersparnis von 5800 Mark erzielt worden. Die letzte Krise der Arbeitslosigkeit wird in physischer und psychischer Beziehung viel leichter ertragen als von dem Industriearbeiter in der städtischen Mietwohnung.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mittel- und Südweststadt
Donnerstag, den 10. Dezember, findet abends 8 Uhr im Lokal „Zur Gambirschalle“ eine Ortskommission statt. Erscheinen aller Vorstandsmitglieder erwünscht.

Bezirk Weststadt
Am Samstag, 13. Dezember, abends 8 Uhr im Lokal „Unter den Linden“ Bezirksversammlung mit Vortrag von Gen. Redakteur Eisele über „Aus Geschichte und Technik des Zeitungswesens“.

Die Parteigenossen und Genossinnen, sowie sonstige Volksfreunde werden gebeten, zahlreich zu erscheinen.

Freier Hausfrauenbund
Unsere Dezemberversammlung findet Donnerstag, 10. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Kaffee Stübchen statt. Genossin Grünbaum stellt aus eigenen Dichtungen vor. Wir bitten um zahlreichem Besuch.

Frauengruppe der Mitt-, Mittel- und Südweststadt
Heute Donnerstag abends 8 Uhr im Handarbeitsaal der Sebelshule (Eingang Tor) Frauen-Vesperabend. Genossin Stadler spricht über Sozialversicherung. Wir bitten die Genossinnen, sonstigen Volksfreundinnen und Interessenten, auch die Genossen, recht zahlreich zu erscheinen.

Kombinierte Funktionärerversammlung

Sonntag, 13. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im „Elefant“ eine Funktionärerversammlung statt.

Referent: Genosse Reichstagsabgeordneter Schöpplin.
Thema: Vor schweren Entscheidungen.

Zutritt zu dieser Versammlung haben die Parteifunktionäre, sowie alle auf dem Boden der SPD. stehenden Gewerkschaftsmitglieder (UDGB, Ufa., UDB.), Arbeiterportier und Arbeiterjäger.

Mitgliedsausweise mitbringen, da am Saaleingang Kontrolle.

9000 Mark gestohlen

Aus einer Kasette, die im Postwagen der Albtalbahn sich befand, wurden gestern abend 9000 Mark gestohlen. Der Zug fuhr um 18.55 Uhr in Ettlingen ab.

Lichtspielhäuser

Palast-Lichtspiele

Bei Schneiders soll die Verlobung der reizenden Tochter Emmy mit dem vertriebenen Baron v. Wernsdorf bekanntgegeben werden. Da plagt die tolle Tänzerin Karola, eine Groberoberin des alten Schneiders, in die Gesellschaft. ... Wie kommt er sich da heraus? ... Das erfahren Sie aus dem neuen lustigen Film „Er und sein Diener“, dieser Geschichte einer reichgewordenen Spektakelfamilie, der ab Donnerstag, den 10. Dezember, in den Palast-Lichtspielen, Herrenstraße 11, läuft. Dieser Abend spielt eine feiner glänzende Berliner Zügel, Paul Senefels den bühnenreinen Diener, der an allem schuld ist. In den weiteren Rollen sieht man Helmut Schacht, Anni Martini, Elise Knebel, Paul Heidemann, Robert Thoenen und Ernst Senefels, Regie Egetfeld.

Badische Lichtspiele im Konzerthaus

Ab Freitag, den 11. Dezember und folgende Tage, gelangt in den Badischen Lichtspielen im Konzerthaus ein Film zur Vorführung, der sowohl in seiner Handlung, seiner Aufmachung und seinen Darstellern ganz hervorragend ist: „Das alte Geseß“. Genau Voran, die Kleinfestspiele in der deutschen Filmkunst, tritt uns in diesem Film mit ihrem genialen Können entgegen. Ein Kapitel von Liebe, Glück und Enttäuschung, wie es Menschen, die nach Geburt und Rang hoch über allen anderen stehen, zum Schicksal, zum Verhängnis wurde. Die Handlung, mit der Erzherzogin Elisabeth Theresia und dem als Künstler gelebten Rabbinerohn, ist voller dramatischer Konflikte. Sie wird scharf beleuchtet auf die Zeit der 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts mit ihren allen, starken Gesetzen der Standeserbe und des Wiener Hofschranzentrums, die sich trennend zwischen zwei Herzen drängen. Der jüdische Rahmen, mit dem armenischen Stübchen in Ausflugs-Noten und seinen frommen Bewohnern, dem lustigen Komödiantenleben auf der Landstraße, den glänzenden Festen am Hofburg-Theater in Wien und am Gabsburger Kaiserhof, ein so wirkungsvoll und kontrastreich mit der spannenen Handlung zu einem Meisterwerk von glänzender technischer und künstlerischer Gestaltung. Genau Voran, schlicht und einfach in ihrer Bescheidenheit, echt weiblichen Ammut, verkörpert ein Frauenstück voll Schmerz, Gut und Lebensfreude, wie es selten in seiner vorwärtsdringenden Naturlichkeit von einer anderen Künstlerin geboten wurde. In den anderen Rollen werden Ernst Deutsch, Grete Berger, Margarete Schlegel, Ruth Wehber und Hermann Valentin u. a. als ebenbürtige Partner ein verknüpfenes alles Lieb mit seinen irdischen Melodien zu neuem Leben.

Veranstaltungen

Kaffee Bauer. Wie jeden Donnerstag, findet heute abend Gesellschaftsabend statt. (Erlöse die Angelegenheit.)

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Sterbefälle und Beerdigungszeiten. Barbara Schwarz, 59 Jahre alt, Ehefrau von Heinrich Schwarz, Büttelmacher, Beerdigung am 11. Dezember, 14 Uhr. Juliana Gebhard, 78 Jahre alt, Witwe von Jakob Gebhard, Bremser, Beerdigung am 11. Dezember, 13.30 Uhr. Hermine Friedrich, 75 Jahre alt, Witwe von Robert Friedrich, Oberregierungsrat, Feuerbestattung am 11. Dezember, 10 Uhr.

Veranstaltungen

Donnerstag, den 10. Dezember 1931:
Badisches Landes-theater: Am weißen Rößl, 20 Uhr.
Badische Lichtspiele: Lichtbildervortrag Dr. Gaudel: Rotwiengefahr — Kolonialland, 20.30 Uhr.
Colosseum-Theater: Der müde Anton, 20 Uhr.
Gloria-Palast: Die Frau von der man spricht, Kur tödendes Beiprogramm.
Kammer-Lichtspiele: Zwei Menschen, Großes Beiprogramm.
Palast-Theater: Er und sein Diener.
Reisens-Lichtspiele: Sein Scheidungsgrund, Beiprogramm.
Schauburg: Der Fischer von Notre Dame, Ich lebe für Dich.
Union-Theater: Referat hat Rudi Behmalks.
Kaffee Bauer: Gesellschaftsabend, 20.30 Uhr.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN

Siemens 35
Vakuumröhrenradio
Unvergleichliche Vollführung und Präzision in jedem guten Radio-Spezial-Geschäft.
R 203

Arbeiter Angestellte u. Beamte

Die eigenen Betriebe der Genossenschaften und der von diesen gebildeten Grobhandelsvereine
befreien uns vom Preiszwang
der Kartelle und Syndikate. Deshalb muß **jeder Verkäufte einer Konsumgenossenschaft beitreten**
und insbesondere nur die hier erhältlichen Gesagnisse mit der Marke **GEG** wählen

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkkonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkkonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgebung, e. G. m. b. H.

Drogerie
Wilhelm Tscherning
Ecke Amalien- und Karlsstr., Fernsprecher 519
Mitglied der Rabattgruppen

August Schaefer

Karlsruhe / Gegründet 1875
Fabrik: Roonstraße 84
Lagerplatz: Klauprechtstr. 9
Fernsprecher 455

Fenster-, Türen- u. Möbelwerk, Glaserei
Schaufensteranlagen, Ladeneinrichtungen

TRINKT MEHR MILCH!

Städtische (Öffentliche) Sparkasse Baden-Baden

Ämliche Einbelegungsstelle

Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft
für Herren- und Damenstoffe,
Wäsche- u. Haushaltsgüter

Industrie Handel und Gewerbe

sind mehr denn je darauf angewiesen, sich Absatzgebiete zu erringen und diese bedingt stehende Arbeit mit anhaltigen

Werbe-Drucksachen

zu deren Lieferung wir unsere mit dem modernsten typographischen Material ausgestattete Druckerei bei Bedarf stets empfohlen halten

Verlagsdruckerei Volksfreund

Karlsruhe, Waldstraße 28 / Fernsprecher 7020/21

Natürliche Mineralbrunnen

das Juwel und Wunder der Karlsruher, und als köstliches Trankgetränk in allen Preislagen

Balm & Bassler

Karlsruhe in Baden, Mittel 50, Telefon 355
Freiburg i. Br., Langenhausstraße 19, Tel. 3967
Gegründet 1897

Gewerkschaftliches

Der Lohnraub im Staatswald

Von einem Holzbauer aus Hundsbach, Baden, erhalten wir folgende Zuschrift, mit der Bitte sie in unserem Blatte zu veröffentlichen:

Den Bedienden Staatswaldarbeitern wurde ihr tarifliches Lohn-einkommen durch Schiedspruch und Notverordnung im Jahre 1931 um circa 60 Proz. gekürzt. Ein so ungebührlicher Lohnraub muß jedem einsichtigen Menschen zu denken geben. Dies scheint aber weder bei den Herren der Forstverwaltung, noch bei den Herren Schlichtern der Fall gewesen zu sein. Wenn man solches Unrecht erleben muß, fällt es einem gewöhnlichen Manne wirklich mehr als schwer an die Unparteilichkeit der Schlichter zu glauben.

Da haben wohl auch die Herren von der Forstverwaltung, deren Gehälter wohl zwischen 6000 und 10 000 M im Jahre liegen dürften, wieder an sich zuerst gedacht, und sicher sich nicht in die Lebensverhältnisse ihrer alten treuen Arbeiter hineinbeugen können, denn sonst müßten auch sie zu der Ueberzeugung gekommen sein, daß es einfach unmöglich ist, mit einem Stundenlohn von 62 Pfa., der nur in 32 Arbeitsstunden verdient werden kann, mit einer Familie leben zu können. Bei uns im hohen Schwarzwald ist einfach bis heute noch nichts von einer Preisentzug zu hören. So zahlen wir in Hundsbach für das 3-Pfund-Brot immer noch 65 Pfa., Kleider, wie sie der Schwarzwälder Arbeiter im Walde benötigt, sind immer noch um 100 Prozent über dem Friedenspreis; das Vier Liter kostet bei uns wie anderswo 30 Pfa. Fleisch auf den Tisch des Holzbauers ist ein Fremdwort geworden. Ja, in den Lohnverhandlungen wird der Arbeiterschaft vorgehalten, daß sie ja ihre eigene Milch und ihr eigenes Fleisch und weiß sonst noch was alles produzieren. Wichtig ist, daß viele Waldarbeiter eine, zwei ja sogar drei Kühe haben, daß der eine oder der andere auch ein Schwein großzieht, doch bei den Pacht- und Futterpreisen ist dies ein direkter Luxus. Und wie sollte es stimmen, wenn die Groß- und Mittel-Landwirtschaft angeblich am zusammenbrechen ist, und die Klein-Landwirtschaft verschuldet, daß ausgerechnet diese Arbeiter in ihrem Ackerbetriebe noch einen Nutzen erwarten sollen. Im hohen Schwarzwald, wo die Waldarbeiter wohnen, ist eine Landwirtschaft nicht mehr möglich; sie ist im günstigsten Falle ein Notbehelf und auch nur dort, wo Mann, Weib und Kind Tag und Nacht arbeiten. Dies ist aber kein Leben mehr, dies ist nur noch ein vegetieren. Die meisten dieser Leute sind Staatspächter oder Robenzinsler. Viele von den Kollegen mühten um Pachtzuschlag nachzusehen. Doch so kamen sie schon an! Wäre es nicht mehr als

wie gerecht, im gleichen Prozentsatz die Pachten zu kürzen, wie der Lohn gekürzt worden ist? Die Waldarbeiter können jetzt schon nicht mehr bezahlen. Vielleicht wird sie der Staat betreiben. Seit Wochen sind nun die Hundsbacher Waldarbeiter erwerbslos und werden dies möglicherweise bis März oder April oder je nachdem es einen Winter gibt, bis in den Mai hinein bleiben. Die Erwerbslosendebatte sind noch geringer als der Lohn. Was da in ihrer Verzweiflung die Waldarbeiter mit ihren zahlreichen Familienangehörigen machen sollen, ist ein Rätsel.

Interessant ist aber nun für uns Waldarbeiter, daß man einen Betrieb mit ca. 200 Arbeitern ein halbes Jahr lang still legt, die Beamten aber weiter beschäftigt, d. h. denselben in dieser Zeit das gleiche Gehalt ausbezahlt. Für die Beamten scheint also auch in der jetzigen Notzeit Geld vorhanden zu sein, nur nicht für die Arbeiter. Die Hundsbacher Waldarbeiterschaft ist eine friedliebende und wohl auch fleißige, sie gönnt niemanden etwas schlechtes; aber mühsen muß sie, daß auch die Beamten der Forstverwaltung nur einen Winter lang auf die gleichen Einkommen gesetzt werden wie ihre Waldarbeiter. Denn wenn wir schon in Not sind, so soll sie auch gemeinsam getragen werden. Da wäre noch Raum für eine neue Notverordnung.

Zusammenschluß der Arbeitnehmerfront

Der erste außerordentliche Verbandstag der Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten, der in Bremen stattfand, nahm einstimmig folgenden Beschlussesantrag an:

„Der Verbandstag nimmt dem Zusammenschluß der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten mit dem Verband deutscher Berufsfeuerwehrmänner und dem Reichsbund der Beamten und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen zu einer Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamten und Angestellten im Gesamtverband der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personals- und Warenverkehrs auf der Grundlage der Vereinbarung vom 22. August 1931 und der vorgelegten Sonderabstimmung mit Wirkung vom 1. Januar 1932 ab zu.“

Damit stoben etwa 40 000 freigebergschaftlich organisierte Beamte und Angestellte zur 700 000 Mann-Gewerkschaft des Gesamtverbandes. Ein Beweis, daß die freigebergschaftlichen Kommunalbeamten das Gebot der Stunde erkannt haben.

Auf dem Verbandstag waren 143 Delegierte und zahlreiche Vorstandsmitglieder, darunter Kollegen des Gesamtverbandes und des ADG, anwesend. Gilmeyer, der erste Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, gab den Geschäftsbericht und sprach über den Zusammenschluß mit dem Gesamtverband: Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Not auch in den Kreisen der Beamtenfront hat sich der Verband organisiert und finanziell im vergangenen Jahre sehr gut gehalten. Seit dem letzten Verbandstag in Mainz konnte die Mitgliederzahl sogar noch gesteigert werden. Die Wohlfahrts-einrichtungen des Verbandes sind trotz starker Beanspruchung weiter

ausgebaut worden und auf fundiert, Organisations- und finanziell steht die RDK sehr auf da, so daß sie auch künftig allein weiter bestehen könnte. Es sind allgemeine politische Gründe, die zur Erweiterung der gewerkschaftlichen Kampffront und zur Konzentration der gewerkschaftlichen Kräfte zwingen. Der Harzburger Front der Reaktion muß die geschlossene Front der organisierten Arbeitnehmer Deutschlands entgegengestellt werden. Die RDK behält natürlich auch nach der Verschmelzung mit dem Gesamtverband ihre organisationsmäßige Selbstständigkeit und ihre eigene Presse.

Die Aussprache bringt einstimmig die Zustimmung zur Verschmelzung. Die Arbeit des Verbandsvorstandes im vergangenen Berichtsjahr wird gutgeheißen. Dr. Böller vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund sprach über: „Beamtenpolitik in der Krise“. Auch die Beamten mühten jetzt in immer härterem Maße die Preisentlastung durchzuführen. Daraus ergäben sich für die zukünftige freigebergschaftliche Beamtenpolitik wichtige Folgerungen. Es müßte auch in Zukunft möglich sein, daß sich die Gewerkschaften für tagesspolitischen Forderungen der Beamtenfront einsetzen. Die Entscheidung über das Schicksal der Beamten falle jedoch auf dem großen politischen Kampfe, wo bereits die Front des Arbeiters und Angestellten kämpfe. Die Beamten mühten sich in diese Front einreihen. — Im Anschluß an Böllers Vortrag wurde einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich scharf gegen neue Gehaltsentzügen wendet.

Die Eisenbahner beim Verkehrsminister

Der Reichsverkehrsminister empfing Vertreter der Eisenbahner-Gewerkschaften zu einer Aussprache über die mit der bevorstehenden Notverordnung zusammenhängenden Fragen. Im Anschluß an ausführliche Darlegungen der Personalvertreter wies der Minister darauf hin, daß die Reichsregierung die Preisentlastungsaktion als Ganzes behandeln müsse und daß sie erwarte, daß die betroffenen der starken Einwirkung in alle Wirtschaftsbereiche zu einer der Senkung der Preise entsprechenden Ermäßigung der Lebenshaltungskosten führen werden. Was die vorgebrachten Eingelassenheitsanträge, so sei er gern bereit, in freundschaftlichen Verhandlungen mit der Hauptverwaltung den Mittel zu machen. Weiter könne er bei der bekannten rechtlichen Unabhängigkeit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft nicht gehen.

Der Minister gab der Hoffnung Ausdruck, daß die allgemeine Auflockerung der Wirtschaft, in deren Rahmen die große Tarifsenkung gehöre, im Verein mit den bekannten neueren verkehrsrechtlichen Maßnahmen eine finanzielle Erleichterung für die Reichsbahn bringen werde.

Textkonflikt in Schlefien. Der Versuch, durch freie Vereinbarung den Lohn für die gesamte schlesische Textilindustrie neu zu regeln, infolge der rückwärtigen Forderungen der Arbeitgeber geheimer. Diese verlangen als Grundlage für ein neues Lohnabkommen die Lohnhöhe vom März 1925. Vom Lohnkonflikt der schlesischen Textilindustrie werden rund 20 000 Arbeiter betroffen.

Oskar Sabo, Paul Henkels
in dem Lustspiel
Er und sein Diener
PALAST-LICHTSPIELE

Mietervereinigung Karlsruhe (e.V.)
Geschäftsstelle (nur briefl.) Baselerstr. 32, III. 17.
Sprechstunden jeden Montag u. Freitag im „Kaffee Nowack“, jeden Mittwoch „Unter den Linden“ Ecke Yorkstr. u. Kaiserallee jeweils v. 6-7 Uhr

Kaffee Bauer
Heute Donnerstag 20.30 Uhr abends
Gesellschafts-Tanz
2 geräumige Tanzflächen
Kapelle Professor Rüttig
in Jazzbesetzung

Konkurs-Versteigerung.
Aus einer Konkursmasse verleihere ich am Freitag, den 11. und Samstag, den 12. Dezember ds. Jrs., jeweils von 10 u. 3 Uhr ab eine Partie

Herren-Hüte und Mützen
im Versteigerungshotel Könerstr. 18.
Otto Marx, Konkursverwalter.

Turngemeinde Durlach e. V.
Sonntag, den 13. Dezember findet in der Festhalle untere
Weihnachts-Fest
unter freudl. Mitwirkung des Männer-Gesangsvereins statt, wozu wir unsere Ehren-Mitglieder, unsere aktiven und passiven Mitglieder sowie deren Familienangehörige herzlich einladen.
Saalöffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr
NB. Etwa uns zugehörte Gaben wollen man am Sonntag Vormittag in der Festhalle abgeben. Der Vorstand

Knielinger Anzeigen
Für Wohlfahrtsunterstützte und sonstige Kollektende der Gemeinde steht eine Anzahl Besuchscheine zum verbilligten Bezug von Antikreuzen zur Verfügung. Die Scheine berechtigen zum Bezug der Antikreuzen bei den hiesigen Kohlenhändlern. Der Preis beträgt für den Jentner Bruttos ab Lager 1,30 RM., frei Keller 1,40 RM. Anträge auf Zuteilung von Besuchscheinen nimmt der Antikreuzer entgegen. Durch die Ausstellung eines Besuchscheines wird keine Verpflichtung zur Zahlung der Bruttos übernommen.
Antikreuzen, den 7. Dezember 1931.
Bürgermeisteramt.

Pfaukuch
Pfaukuchwaren helf. sparen

Konkurs-Versteigerung.
Aus einer Konkursmasse verleihere ich am Freitag, den 11. und Samstag, den 12. Dezember ds. Jrs., jeweils von 10 u. 3 Uhr ab eine Partie

Herren-Hüte und Mützen
im Versteigerungshotel Könerstr. 18.
Otto Marx, Konkursverwalter.

Turngemeinde Durlach e. V.
Sonntag, den 13. Dezember findet in der Festhalle untere
Weihnachts-Fest
unter freudl. Mitwirkung des Männer-Gesangsvereins statt, wozu wir unsere Ehren-Mitglieder, unsere aktiven und passiven Mitglieder sowie deren Familienangehörige herzlich einladen.
Saalöffnung 4 Uhr, Anfang 5 Uhr
NB. Etwa uns zugehörte Gaben wollen man am Sonntag Vormittag in der Festhalle abgeben. Der Vorstand

Knielinger Anzeigen
Für Wohlfahrtsunterstützte und sonstige Kollektende der Gemeinde steht eine Anzahl Besuchscheine zum verbilligten Bezug von Antikreuzen zur Verfügung. Die Scheine berechtigen zum Bezug der Antikreuzen bei den hiesigen Kohlenhändlern. Der Preis beträgt für den Jentner Bruttos ab Lager 1,30 RM., frei Keller 1,40 RM. Anträge auf Zuteilung von Besuchscheinen nimmt der Antikreuzer entgegen. Durch die Ausstellung eines Besuchscheines wird keine Verpflichtung zur Zahlung der Bruttos übernommen.
Antikreuzen, den 7. Dezember 1931.
Bürgermeisteramt.

Pfaukuch
Pfaukuchwaren helf. sparen

Geh zu TIETZ!
Dann reicht's!

Haferflocken gute Qual. Pfd. 22.-	Kabliau Pfund 16.-	Krakauer Pfund 68.-
Futterhaferflocken 5 Pfd. 75.-	Schellfisch Pfund 19.-	Schweinskopf u. ea. 7/8 u. 35.-
Hartweizengrieß . . . Pfund 25.-	Kabliaufilet Pfund 28.-	Sülze Pfund 40.- 1/4 Pfund 10.-
Bohnen weiß Pfund 15.-	Dän. Blasenschmalz . . . Pfund 78.-	Suppenhühner Pfund 90.-
Linzen 3 Pfund 85.- Pfund 19.-	Kassl. Rippenspeer Pfund 98.-	Gemüse-Erbsen 1/4 Dose 60.-
Erbsen grün, 1/2, ungesch., Pfd. 26.-	Holl. Vollheringe 10 Stück 45.-	Karotten geschälte, 1/4 Dose 38.-
Erbsen gelb, 1/2, ungesch., Pfd. 19.-	Norw. Riesenheringe 10 Stück 58.-	Jg. Schnitt- u. Brechbohnen 1/4 Dose 52.-
Vollreis glasiert Pfund 17.-	Stadion-Mehl unsere Hausmarke	Marmelade gemischt 2 Pfd.-Eim. 88.-
Gebr. Kaffee Pfund von 1.75 an	Fst. Auszugmehl 5 Pfd. 1.38	Salzheringe 1 Liter-Dose . . 40.-
Salatöl Liter 60.-	Hochf. Weizenmehl 5 Pfd. 1.28	Delikatessheringe nach Hausfrauenart . . . 1 Liter-Dose 56.-
Kalkeier (ausländ.) 10 Stk. 95.-		Bratheringe . . . 1 Liter-Dose 68.-
Kalif. Mischobst Pfd. 45.-		Rinderfett Pfund 40.-
Margarine 2 Pfund 68.-		Cocofett 3 Tafeln 88.-

Eine TIETZ-Leistung:
Bouclé Diagonal 2.85
Velour Diagonal 3.85
moderne Ausmusterung, für praktische Sportkleider, ca. 135 cm breit, Meter
reine Wolle, vorzüglich, Mantelware, marine, braun, ca. 140 cm breit, Mtr.

Todes-Anzeige
Welter am 10. 11. 12 Uhr wurde anfreier lb. Ritter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante
Juliana Gebhard
Witwe, geb. Enderle
im Alter von 79 Jahren von ihrem Leben erlöst
Karlsruhe, 9. Dezember 1931
Die trauernden Hinterbliebenen
Feierbestattung: Freitag mittag 1/2 12 Uhr
Trauerhaus: Morgenstr. 45

TRAUERBRIEFE
Liefert schnell und billig
Verlagsdruckerei „Volksfreund“ o. m. b. H.
Waldstrasse 28.

Amtliche Bekanntmachungen
In Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Brändner in Karlsruhe, Schulstr. 47, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung

Berücksichtigenden Forderungen, zur Verfertigung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und die Festlegung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausgleichsmitglieder, sowie zur Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung, Schlichtertermin bestimmt auf: Montag, den 4. Januar 1932, vormittags 10 1/2 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Abteilungsstr. 8, 3. Stod, Zimmer Nr. 253, Karlsruhe, den 4. Dezember 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 1.
2264

Im Konkursverfahren über das Vermögen des Ferdinand Felsbauer jr., Küfermeister in Karlsruhe, Waldstr. 54, und dessen Ehefrau Auguste geb. Riß, ebenda, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Verfertigung über die nicht verwertbaren Vermögensgegenstände und die Festlegung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausgleichsmitglieder, sowie zur Prüfung der Vergütung und Auslagen des Verwalters Schlichtertermin bestimmt auf: Montag, den 4. Januar 1932, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Abteilungsstr. 8, 1. St., Zimmer Nr. 40, Karlsruhe, den 7. Dezember 1931. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.
2267

Heber das Vermögen der Karlsruher Elektrizitätsgesellschaft m. b. H. in Karlsruhe, Herrenstraße 4, wurde heute nachmittags 16.35 Uhr das Versteigerungsverfahren zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Versteigerung

Bad. Lichtspiele / Konzerthaus
Heute 20.30 Uhr:
Einmaliger Lichtbilder- und Filmvortrag von Prof. Dr. Paulcke über:
Lawinengefahr - Lawinentod
Ab morgen Freitag und folgende Tage 16.20.30 Uhr.
Sonntag nur 16 Uhr
Kenny Forten, Ernst Deutsch in dem herrlichen Filmwerk aus dem sechziger Jahren
Das alte Geleiz
Großes Orchester unter Leitung von Kapellm. Fritz Braun
Konzertleitung: Abu Hassan von K. M. v. Weber
Preise: 0,60, 0,80, 1,00, 1,40 Mk.
Jugendliche zugelassen.